

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Hilfs-Zentralrat).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 69.

Berlin, Sonnabend, 27. August 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Vereinstag des Vereins der Deutschen Kaufleute. — Bilder aus Saarabien. — Statutenreform. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

Vereinstag des Vereins der Deutschen Kaufleute.

Am Sonntag, den 21. August, fand in unserem Verbands Hause ein vom Generatrat und dem geschäftsführenden Ausschuss des Vereins der Deutschen Kaufleute einberufener Vereinstag statt. Aus allen Teilen Deutschlands waren Vertreter erschienen, und auch die Berliner Mitglieder beteiligten sich stark an dieser Veranstaltung. Der Vorsteher des Vereins, Kollege Paul Tröger, entwarf in seiner Begrüßungsansprache ein Bild von den Aufgaben dieser Tagung. Die eindrucksvolle Rede erweckte eine ausgezeichnete Stimmung. Im Namen der Verbandsleitung begrüßte Verbandsvorsitzender Kollege Karl Goldschmidt den Vereinstag und wünschte den Verhandlungen einen glücklichen Erfolg.

Als erster Gegenstand der Tagesordnung wurde die Gehaltsfrage der Handlungsgehilfen behandelt. Generalsekretär Paul George zeigte in seiner Rede, daß die beruflichen Organisationen in erster Linie die Aufgabe hätten, auf die Verbesserung der meist ungenügenden Forderung der Handlungsgehilfen einzuwirken. Die Kosten des Lebensunterhalts würden immer höher und seien weiter gesteigert worden durch die neuerliche Steuergesetzgebung. Im Handelsgewerbe sei es wohl noch ausgeschlossen, eine Regelung der Gehälter auf dem Wege der Tarifgemeinschaft herbeizuführen. Dazu fehle es auch an der nötigen Einigkeit in der Handlungsgehilfenbewegung. Die Vereine müßten es sich aber zur Aufgabe machen, örtliche Mindestgehälter zu erzielen, damit bei Stellenbesetzungen durch die Organisationen auf die Gewährung dieser Mindestgehälter geachtet werden könne. Eine interessante Diskussion, die gleichzeitig erkennen ließ, daß der Verein der Deutschen Kaufleute auch im Lande eine große Zahl tüchtiger Redner aufzuweisen hat, endete mit der einmütigen Annahme nachfolgender Resolution:

Der am 21. August 1910 abgehaltene Vereinstag des Vereins der Deutschen Kaufleute, unabhängige Organisation für Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen, erklärt nach einem Referat über das Thema: „Die Gehaltsfrage der Handlungsgehilfen“, daß zwischen dem volkswirtschaftlichen Wert der von den Handlungsgehilfen geleisteten Arbeit und ihrer Vergütung ein großes Mißverhältnis besteht. Dieses Mißverhältnis hat durch die gesetzgeberischen Maßnahmen der letzten Jahre an wirtschafts-, sozial- und steuerpolitischem Gebiet eine Verschärfung erfahren, die eine wirksame Bekämpfung durch die organisierte Handlungsgehilfenbewegung in besonderem Maße erfordert. Der Vereinstag steht daher auf dem Standpunkte, daß eine Befestigung der trassierten Mindeststände auf dem Gebiete des Gehaltswesens nur möglich sein wird durch den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Mindestgehälter.

Der Vereinstag beauftragt den geschäftsführenden Ausschuss, zu diesem Zwecke Erhebungen unter Mithilfe der Ortsvereine zu veranstalten und die hiernach festzustellenden Mindestgehälter, die von Mitgliedern des Vereins bei Annahme einer Stellung zu fordern sind, festzusetzen. Es ist anzuführen, mit den für das Handelsgewerbe in Betracht kommenden Vertretungen zu Vereinbarungen zu gelangen, die diese Mindestgehälter zur Anerkennung bringen.

Sodann sprach der Geschäftsführer für Brandenburg, Ludwig Grünthal, über die Gehaltsfindung der Privatangestellten. Der Redner wies einleitend darauf

hin, daß das bestehende Gesetz über die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnens ganz unzulänglich sei, weil es den Grad der Erwerbsfähigkeit des Schuldners gar nicht berücksichtige und andererseits das Pfändungsrecht des Gläubigers auch bei höherem Einkommen des Schuldners illusorisch mache. Ein Urteil des Reichsgerichts habe nach dieser Richtung hin eine Abänderung des Gesetzes dringend notwendig gemacht. Ein Unrecht sei es, daß die Privatangestellten anders und schlechter behandelt würden als Beamte, Offiziere, Geistliche, Lehrer usw. Nicht die Stellung, sondern die Höhe des Einkommens müsse als Maßstab gelten. Nach dem gegenwärtigen Gesetze sei nur pfandfrei ein Einkommen bis zu 1500 Mark. Wenn die Verminderung des Geldwertes berücksichtigt würde, müsse die pfandfreie Summe auf wenigstens 1800 Mark erhöht werden. Bei einer Aenderung des Gesetzes müsse auch darauf gehalten werden, daß künftig von dem dem pfandfreien Betrag übersteigenden Einkommen nur ein Drittel gepfändet werden dürfe. Durch eine rigorose Handhabung der bestehenden Bestimmungen seien viele Existenzen vernichtet worden. Daran habe auch der Gläubiger kein Interesse. Mander Angestellter sei durch die gegen ihn erfolgte Ausübung des Pfandrechts um seine Stelle gekommen, und mancher Arbeitgeber habe auf diese Weise einen brauchbaren Gehilfen verloren, Staat und Gemeinde seien ebenfalls interessiert, zu verhüten, daß die Existenz eines Steuerzahlers vernichtet werde. Manche dieser vernichteten Existenzen seien dann der Armenpflege verfallen. Bei der Feststellung des Jahreseinkommens müsse unbedingt auch die Arbeits- und Stellenlosigkeit berücksichtigt werden.

Der Vereinstag stimmte den Ausführungen seines Referenten zu und nahm eine Resolution einstimmig an, in welcher gefordert wird: 1. die Erhöhung der pfandfreien Summe von 1500 auf 1800 Mark Jahreseinkommen, 2. die Berücksichtigung der Arbeits- und Stellenlosigkeit und 3. das Pfändungsrecht auf ein Drittel des dem pfandfreien Betrag übersteigenden Einkommens zu beschränken.

Scharfe Stellung nahm als nächster Redner Redakteur Georg Borchardt zu den Vorschlägen des Handelsministers in Sachen der Konkurrenzklause. Auch die Diskussionsredner stimmten darin überein, daß es fast so aussehe, als ob der Zentralverband der Industriellen die Wege gewiesen habe, die der Handelsminister gehe. Es stehe fest, daß auf diese Weise die Konkurrenzklause in ihren vielfach furchtbaren Wirkungen nicht gemildert werden könne. Einstimmig nahm der Vereinstag folgende Resolution an:

Der am 21. August 1910 abgehaltene Vereinstag des Vereins der Deutschen Kaufleute, unabhängige Organisation für Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen, kann den Vorschlag des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe zur Neuregelung der Konkurrenzklause nicht zustimmen, da diese die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen über die Vereinbarung von Konkurrenzklauseln nicht günstiger für die Angestellten gestalten, vielmehr in ihrer Gesamtheit eine Verschärfung der gegenwärtigen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches und der Gewerbeordnung und eine Befragung der Ausübung des Koalitionsrechtes darstellen und in ihren Einzelheiten geeignet erscheinen, die Lücke fortgesetzter Prozesse zwischen Prinzipalen und Angestellten zu bilden und damit den sozialen Frieden zu stören. Der Vereinstag lehnt daher die Vorschläge entschieden ab, erblickt nach wie vor in jeder Form des Arbeitsverbotes eine vollkommen unberechtigte und unbillige Erförmung des Fortkommens der Angestellten und fordert aus diesen Gründen das gesetzliche Verbot der Konkurrenzklause. Im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung des Handels und der Industrie ist dieses Verbot auch auf den Abschluß von Konkurrenzklauseln mit allen Wertarbeitern, technischen Angestellten und Arbeitern auszudehnen.

Der Vereinstag beauftragt die Leitung des Vereins, dem Minister für Handel und Gewerbe ein Gutachten in diesem Sinne zu erstatten.

Im Anschluß hieran referierte Schatzmeister Paul Gennig über die tags vorher stattgefundene Generalversammlung der Krankenkasse. Auf derselben wurden zwei überaus wichtige Beschlüsse gefaßt. Weibliche Mitglieder sollen als vollberechtigt in beide Abteilungen der Krankenkasse aufgenommen werden, und die Aufnahme der männlichen wie weiblichen Mitglieder soll in Zukunft ohne ärztliche Untersuchung erfolgen. Die Kasse sei so gut gestellt, daß diese Beschlüsse durchgeführt werden könnten. Bis zum nächsten Delegiertentage werde man Erfahrungen genug sammeln können. Die ärztliche Untersuchung vor Aufnahme in die Kasse sei geradezu eine Plage geworden, weil dafür vielfach ganz ungewöhnlich hohe Honorare gefordert würden. Der Redner machte nun noch darauf aufmerksam, daß die den Zwangs- und Betriebskassen angehörenden Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen im September ihre Mitgliedschaft ausfindigen müßten, wenn sie in die freie Hilfskasse eintreten wollten. Wer diese Kündigung im September veräume, sei wieder für ein ganzes Jahr an die andere Kasse gebunden.

Zum Schluß sprach Vorsteher Paul Tröger über die allgemeine Lage des Vereins. Der Redner wies an Hand von zahlreichen Beispielen nach, wie der Verein der Deutschen Kaufleute auf fast allen Gebieten der Interessen der Angestellten bahnbrechend vorgegangen sei. Auch auf dem der Unterstützungswejen sei dies der Fall. Wie ausgezeichnet habe sich die Stellenlosenunterstützung bewährt und ebenso die vorher viel bespötelte Wensionskasse! Die Zwangsversicherung könne natürlich mit großen Ziffern als Gesamtergebnis aufwarten. Die Selbsthilfe habe aber zeigen können, daß sie Besseres zu leisten vermöge. Gegenüber den 170 Mark Altersrente in der Reichsversicherung gewähre die Kasse des Vereins eine Rente bis zu 240 Mark. Obgleich wir aber auf allen Gebieten der praktischen Arbeit und der gegenseitigen Hilfe voran marschieren, sei der Verein, der Ende März 1910 eine Mitgliederzahl von 18360 aufzuweisen hatte, nicht so vorwärts gekommen, wie sich das aus dem Werte der Einrichtungen und der Güte seiner praktischen Bestrebungen hätte ergeben müssen. Freilich sei es einer Gehilfenorganisation unwürdig, die Mitglieder durch hohe Geldprämien für die Gewinnung von neuen Mitgliedern zu begeistern. Heute überböten sich die Organisationen in der Ausschreibung solcher Prämien. Gerade in der Handlungsgehilfenbewegung habe sich gezeigt, daß nicht die praktische und erfolgreiche Tätigkeit zum Besten der Handlungsgehilfenbewegung die Mitgliederzahl rasch anzuheben lasse, sondern allein eine raffinierte Agitationsmethode ermittle solchen agitatorischen Erfolg. Vor allem müsse Disziplin gehalten werden. Freilich zwischen Disziplin und Kadavergehörigkeit, wie er wieder von anderer Seite verlangt werde, sei ja noch ein weiter Weg. Eine Organisation rühme die Disziplin in ihren Reihen damit, daß sie sage, wenn die Hauptstelle auf den Knopf drücke, klinge es gleichzeitig in allen Ortsvereinen. Diese Einheitslichkeit im gleychzeitigen Handeln verbürge den Erfolg. Franz Ziegler habe mit Recht gesagt: „Die Disziplin ist die Mutter der Siege!“

Die Rede Trögers fand minutenlangen Beifall. Der Vereinstag fand sichtlich unter dem Vorne dieses wirkungsvollen Vortrages. Dem gab auch Kollege Karstl-Pöten mit Dankesworten an die Referenten und die Leitung des Vereinstages Ausdruck. Bald darauf durchbraute das Vereinslied den Saal und dann schloß Kollege Hugo Sommer mit einem würdigen Wider-

hall findenden Hoch auf den Verein der Deutschen Kaufleute die Verhandlungen des glänzend verlaufenen Vereinstages.

Jetzt muß auf der ganzen Linie die Agitation beginnen, die von allen unseren Verbandsvereinen lebhaft unterstützt werden sollte. St. G.

Bilder aus Saarabien.

In Nr. 30 des „Evang. Arbeiterboten“ wird ein Brief des christlichen Führers Stegerwald veröffentlicht, der eigentlich zu wenig Beachtung gefunden hat. Es heißt dort, die christlichen Gewerkschaften könnten nur dann mit den Hirsch-Dunder-ischen Gewerkschaften bei Vertretertagen nationaler Arbeiterorganisationen zusammenarbeiten, wenn letztere gewisse Beleidigungen gegen die beiden letztere stattgefundenen christlich-nationalen Kongresse zurückgögen. Ganz besonders müsse man darauf in dem Stammland der christlichen Gewerkschaften, im Westen Deutschlands, bestehen. Nun, wenn hier im Saarrevier andere Organisationen dieselbe Praxis übten und vor jedesmaligem Zusammenarbeiten eine ähnliche Forderung an die Christlichen stellen wollten, so kämen diese aus dem Zurücknehmen von Beleidigungen gegen andere Richtungen gar nicht mehr heraus.

Und doch haben sie genug vor der eigenen Tür zu kehren. Schon oft haben wir im „Gewerbeverein“ gewisse Vorgänge gefenkenzeichnet und brauchen heute darauf nicht näher mehr einzugehen. Nur auf die Notiz „Im Saargebiet“ in Nr. 62 sei nochmals hingewiesen. Bisher haben die hiesigen Blätter noch keine Aufklärung schaffen können, woher das Geld zu parteipolitischen Zwecken geflossen ist, das die christlichen Mitglieder bei den letzten Reichstagswahlen erhielten. Eigentümlicherweise erklärt bereits der „Bergknapp“, das Organ des christlichen Bergarbeiter-Gewerbevereins, die Vorgänge im Saarrevier seien ein Beweis für die Neutralität der christlichen Gewerkschaften, weil ausnahmsweise die Arbeit mal nicht dem Zentrum oder den Christlich-Sozialen zugute kam. Aber da verleugnet das eine christliche Organ ein anderes, nämlich das „Zentralblatt“, das seinerzeit gerade die politische Arbeit der saarabischen Sekretäre rügte. Letzterem hat man ja die Herren längst beiseite geschafft und „überlässige“ Leute an deren Stelle gesetzt. Also kommt der Stolz des „Bergknappen“ reichlich post festum.

Wie eng liiert Zentrum und christliche Gewerkschaften im Saarrevier sind, zeigt nicht nur die Tatsache, daß überall, wo die Zentrumspartei ihre feste Organisation hat, auch die Christlichen hochkommen, auch andere Beweise gibts dafür. Beispielsweise reisen die christlichen Sekretäre öfter wochenlang im Lande herum mit Zentrumsumbeordneten, die dann in Gewerkschaftsversammlungen Vorträge halten. Auch die Parlamentsreden der Zentrumsumbeordneten werden als Gewerkschaftsflugblätter in riesigen Massen unter die Leute gebracht. Das Hauptorgan der Christlichen im Saarrevier ist die „Saar-Vost“, ein scharfes Zentrumblatt Kölner Richtung. Wer als Vertrauensmann in der christlichen Gewerkschaftsbewegung auf dem laufenden bleiben will, muß die „Saar-Vost“ lesen. Der Versuch, ein Nichtzentrumblatt für die Christlichen zu schaffen, schlug fehl, weil die Hauptleitung abdrückte und die hauptsächlichsten Förderer des Unternehmens fastgestellt oder abgehoben wurden. Das „Saarbrücker Tageblatt“ verachtete, wie es jeder, der die Verhältnisse kannte, voraussehen mußte. Es gibt nun eine Anzahl Leidtragender, aber die müssen ihren Schmerz verbeißen. Einer der Redakteure dieser „neutralen christlichen Gewerkschaftszeitung“ für die evangelischen Mitglieder“ hat sich nun eine Zeitlang hier arbeitslos herumgetrieben und währenddem eine Extraleistung vollbracht. In einem Nachtcafé trafen sich gelegentlich zwei lokale Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die auch manchem unserer Kollegen bekannten Herren Fuhrmann und Reimpeters. Dieselben glaubten sich unbedacht und sagten sich gegenseitig manche Wahrheit, philosophierten über das Strebertum in ihren eigenen Reihen und kennzeichneten auch manches „Führers“ persönliche Verhältnisse in einer nicht für die Veröffentlichung bestimmten Form. In der Nähe hatte nun der oben erwähnte Redakteur Platz genommen und zeichnete gewisse besonders lautierte Teile der Unterhaltung der Konkurrenzführer stenographisch auf. Nachher wurde dieses „Material“ vervielfältigt und jeder christliche Agitator erhielt ein „Geheimprotokoll“ für seine Mappe. Namen nun in einer öffentlichen Versammlung Note und Christliche hintereinander, dann padten letztere das Protokoll aus und verlasen gerade eine auf den betreffenden Führer possende Stelle. Den größten Trumpf spielte ja Gutische aus, indem er im Organ des Oberfelder Eisenbahner-Verbandes Stücke aus dem Stenogramm zum Abdruck brachte.

Daß bei solcher persönlichen und niedrigen mampfesweise die gewerkschaftliche Arbeit leidet und viele Maßnahmen nur zur Befriedigung persönlicher Rache dienen, ist leicht begreiflich.

Wenn dann selbst christliche Ortsgruppen Anträge an die Bezirksleitung stellen, es möge der gegenseitige Stampf unterbleiben und ein gemeinsames Arbeiten angestrebt werden, braudt man sich nicht zu wundern. Aber die Führer der Christlichen gehen dann hin, stellen sich als die verfolgte Unschuld dar und behaupten, der andere habe angefangen; wir befinden uns in der Abwehr!

Die Früchte dieser Erziehung merkt man dann sehr deutlich in Versammlungen, die eine „Sklarstellung“ oder eine Abrechnung mit dem Geaner bringen sollen. Wie in einem Vörsenwinger acht es da manchmal zu, und Niederbrüllen der Geaner oder, wie seinerzeit in unserer Versammlung in Dudweiler, sogar Tätlichkeiten sind die geistigen Waffen im „Kampf um die Weltanschauung“.

Der riesige Apparat an Sekretären und gekahlten Claqueuren ermöglicht es den Christlichen, selbstredend unter Anwendung der nötigen Kosten, fast überall und zu jeder Zeit „gute Versammlungen“ zu machen. Daß dabei oft vier oder fünf angestellte Sekretäre mitwirken, ist keine Seltenheit, aber in der Großstadt Saarbrücken selbst will es trotzdem nicht klappen. Kürzlich veranstaltete das christliche Gewerkschaftskartell in Saarbrücken mit Hilfe der auswärtigen Zahlstellen einen Umzug, der auch im großen Ganzen gelang, wenn er auch dem Kenner gewisse Schwächen der Bewegung erst richtig offenbarte. Selbst die „Saar-Vost“ schrieb nachher, es seien gerade die Leute gewesen, die man auch sonst bei kirchlich-katholischen Demonstrationen religiöser Charakters und Zentrumsvoranstaltungen immer sehe. Das ist auch einer der vorhin angeführten Beweise für den engen Zusammenhang von „christlich“ und Zentrum.

Noch ein anderer Umstand kommt hier in Frage. Bekanntlich hat seit dem Burbacher Streit die Mitgliederzahl des christlichen Metallarbeiterverbandes im Saarrevier rapide abgenommen, und in manden Orten kommt die Organisation überhaupt nicht mehr hoch. Zu diesen Orten gehören außer Burbach selbst auch Völklingen und St. Ingbert. In Völklingen hatten die Christlichen gute Hilfe an der katholischen Geistlichkeit. Der katholische Arbeiterverein dortselbst ist dem Westdeutschen Verband angegeschlossen, dessen Organ bekanntlich eine energische Agitation für die christlichen Gewerkschaften betreibt. Die gelben Werksvereine, die nun gerade in Völklingen sehr stark sind, protestierten gegen die Salbung des katholischen Arbeitervereins und der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ sogar durch offizielle Anschläge im Werk. Eigentümlicherweise empfahlen sie den Anschluß an den Verband „Sitz Berlin“. Also Gelbe und „Sitz Berlin“ Hand in Hand. Der katholische Arbeiterverein aber blieb feil, und nun fordert der Werksverein seine Mitglieder, die gleichzeitig im katholischen Arbeiterverein sind, auf, dort auszutreten. So sehr wir den Gewissenszwang verurteilen, die Christlichen haben in diesem Falle das Recht zu eblichem Protest verwirkt. Denn dieselbe „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ und derielbe Westdeutsche Verband katholischer Arbeitervereine machen es mit ihren Mitgliedern, die gleichzeitig unseren Gewerbevereinen angehören, nicht anders. Was Du nicht willst, daß man Dir tu, uß.

In Burbach stand die ganze gelbe Bewegung hauptsächlich unter Leitung eines Bureauchefs Dr. Wagner, der in allem von der Generaldirektion gedeckt wurde. Schließlich ergaben sich aber doch Meinungsverschiedenheiten, und Dr. Wagner wurde entlassen. Bald nach der Entlassung dieses gelben Führers setzte der Generaldirektor eine Reorganisation des Vereins durch. Freilich wurde derielbe Faden weiter gesponnen, höchstens eine etwas andere Nummer. Die Christlichen setzten in der kurzen Uebergangs- und Unsicherheitsperiode einen gewaltigen Rummel in Szene. Eine Versammlung jagte die andere, natürlich alle mit mehreren Sekretären, den üblichen Claqueuren und einem gewaltigen Aufwand an Uebertreibungen in Wort und Schrift, wie man es auch in Völklingen gemacht hatte. Aber schließlich kam einfach niemand mehr in die Versammlungen. Selbstredend war in ellenlangen Berichten am anderen Tag in der Presse zu lesen, es seien überall Aufnahmen gemacht worden, aber wer die christliche Großsprecherei kennt, weiß, was davon zu halten ist.

St. Ingbert war früher eine Hochburg der christlichen Gewerkschaften mit dem bekannten Wernerus als Führer. Zurzeit ist die Bewegung dort ein Trümmerhaufen, und wohl nirgends ist infolge der christlichen Mißwirtschaft der Organisationsüberdruck größer als in der Westpfalz. Die Epigonen der nun verschwundenen Größen verliuchen alles mögliche, um wieder hochzukommen. Dabei wirkt hervorragend der infolge seiner Leistungen

im Lothringer Industriegebiet, in Straßburg und besonders in Rheinfelden bekannte Sekretär Ensel mit, der jetzt hier sein Wirkungsfeld hat. Kürzlich tagte in St. Ingbert eine der „großen Versammlungen“, in der fürchterlich mit den Geanern der christlichen Gewerkschaften abgerechnet werden sollte. Dabei ging es geradezu toll her, so daß die Polizei eingreifen mußte. Ein christlicher Sekretär drohte zugestandenemmaßen einem „Genossen“ mit einem Tritt in den A... und es soll nach einer Reflexion eine Anzahl Zeugen vorhanden sein, die behaupten, derielbe Sekretär habe einem anderen „Genossen“ gedroht, ihm ein Messer in den Leib zu rennen. Von den wörtlichen Beleidigungen ganz zu schweigen, die man sich gegenseitig zuwarf. Zum Schluß erklärten die Beteiligten in der Presse, auf gerichtlichen Austrag der Sache zu verzichten.

Dank solcher gefäßigen Agitationsweise, dank der brutalen Niederküttelung anderer Organisationen und dank der persönlichen Qualifikationen mancher christlichen Führer geben doch in letzter Zeit vielen der fanatisierten Anhänger die Augen auf. Leider ist die Wirkung sehr oft nur ein Rückfall in den Indifferentismus oder, wie wir gerade in einer Hochburg des christlichen Bergarbeiter-Gewerbevereins sehen konnten, ein Uebergang zur radikalen Sozialdemokratie. Trotz aller Schiebungen, die man bei den Christlichen mit ihren saarabischen Führern gemacht hat, mit den Engel u. a., ist man nur aus dem Regen in die Traufe gekommen. Den Schaden aber hat die Gesamtarbeiterbewegung in diesem Falle.

Unsere Gewerbevereine haben in letzter Zeit hier stetige Fortschritte gemacht und sind von gewalttätigen Erschütterungen verschont geblieben. An unsere Kollegen im Saarrevier aber ergeht die dringende Bitte, mehr aus der Reserve herauszutreten und besonders in der Kleinagitation sich mehr zu betätigen. Wenn die Stimmung richtig ausgenutzt wird, dann müssen trotz aller Schwierigkeiten doch Fortschritte zu erreichen sein. E.

Stuttateurbewegung.

Nach nummehr 16wöchiger Dauer ist der Kampf der Stuttateure in Süddeutschland, an dem auch die Karlsruber im Gewerbeverein der Bildhauer organisierten Stuttateure beteiligt waren, durch einen Schiedspruch beendet worden. Keine der beteiligten Parteien kann sich rühmen, daß ihre Wünsche und Forderungen alle erfüllt sind; von einem Siege der einen oder anderen Richtung kann keine Rede sein, wie es bei einer durch einen Schiedspruch beendeten Bewegung auch gar nicht anders sein kann. Der „Generalarbitr“, wie ihn die Unternehmer für ganz Baden, Württemberg, die Pfalz und Elsaß verlangten, wurde vom Schiedsgericht abgelehnt, dagegen dem Wunsch der Gehilfenschaft entsprechend einem „einheitlichen Tarifmuster“ zugestimmt.

Aus diesem Tarifmuster ist eine Reihe scharfmacherischer Bestimmungen ausgezogen. Die Arbeitszeit ist einheitlich für jede Stadt geregelt worden; für ländliche Bezirke, in welchen teilweise noch 11- und 12stündige Arbeitszeiten herrschten, beträgt dieselbe nun 10 Stunden. Der Lohnsatz ist nicht für „tüchtige und leistungsfähige“ Geipen, sondern als Mindestlohn festgelegt; bei Akkordarbeit ist der Stundenlohn zu garantieren.

Der Wortlaut der bisherigen Verträge ist durch den Schiedspruch wesentlich ergänzt und in verschiedenen Punkten verbessert worden, so daß im großen und ganzen der neue Vertrag den Kollegen nur Vorteile bringt.

Einen wesentlichen anderen Verlauf hat die Bewegung in Duisburg genommen. Nach weitwärtigem Kampfe ist die Bewegung dank der Geschlossenheit der Gehilfen mit einem vollen Erlösa für dieselben beendet worden. Schon seit März d. J. waren die beteiligten Organisationen, Zentralverband der Stuttateure und Gewerbeverein der Bildhauer (die Christlichen hatten sich erst in letzter Minute angeschlossen), tätig, um die Bewegung richtig vorzubereiten. Die mit den Unternehmern geflogenen Verhandlungen führten zu keinem Resultat, da in puncto Lohn nicht genügende Zugeständnisse gemacht wurden. Am Montag, den 4. d. M., wurde darauf die Arbeit geschlossen niedergelegt, mit Ausnahme einer Firma, welche den Tarif der Gehilfen anerkannte. Dieser Erlösa sowie das geschlossene Vorgehen der Gehilfen haben auch bei den anderen Unternehmern, welche dem Arbeitgeberverein angehörten, ihren Eindruck nicht verfehlt, so daß sie ebenfalls den Tarif anerkannten. Nachdem am 9. August die beiderseitigen Unterschriften erfolgt waren und auch die nichtorganisierten Unternehmer sowie die Baufirmen, welche Stuttateure beschäftigten, den Tarif anerkannt hatten, erfolgte am folgenden Morgen auf allen Bauustellen die Wiederaufnahme der Arbeit.

Der abgeschlossene Tarif bringt den Gehilfen ganz enorme Vorteile: eine Lohnaufbesserung von 5 bis 7 Pfg. pro Stunde, 1/2 bis 1 1/2 Stunde Arbeitzeiterfüllung, außerdem eine Regelung der Bezahlung für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sowie auch der auswärtigen Arbeiten.

Die Gehilfen können mit dem Resultat zufrieden sein, umso mehr, wenn man bedenkt, daß seit fünf Jahren ohne Tarif gearbeitet wurde und sie vollständig den Launen der Unternehmer preisgegeben waren. Auch diese Bewegung hat gezeigt, daß, wenn Schulter an Schulter gekämpft wird, noch große Vorteile errungen werden können. Hoffentlich haben die Kollegen auch aus dem kurzen Kampfe ihre Lehren gezogen und bleiben in ihrem ureigensten Interesse ihrer Berufsorganisation treu. Denn nur mit und durch dieselbe ist es möglich, eine dauernde Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. E. Z.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 26. August 1910.

Der Zentralrat trat gestern Abend zum ersten Male in seiner neuen, verstärkten Zusammensetzung zusammen. Der Vorsitzende, Kollege Hartmann, begrüßte die neu eintretenden Mitglieder und sprach die Erwartung aus, daß sie sich bei ihren Entscheidungen stets vom Interesse der Gesamtorganisation leiten lassen werden. Die neue Zusammensetzung des Zentralrats machte auch eine Neuwahl der Vorsitzenden notwendig. Das Resultat war, daß die Kollegen Hartmann und Kabetzke einstimmig wiedergewählt wurden. In die Schwerdekommission für das Verbandsorgan wurden die Kollegen Gleichauf, Sildbrandt, Klaus, Seligmann und Wrede gewählt. Nachdem Johann der Zentralrat den Vierteljahresbericht der Verbands-Revisoren entgegengenommen hatte, berichtete der Verbandsvorsitzende, Kollege Goldschmidt, kurz über die herrschende Fleischsteuerung. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.) macht die Reichsregierung darauf aufmerksam, daß das andauernde Steigen der Preise für Fleisch in der deutschen Bevölkerung, insbesondere in den Familien der Arbeiter und Angestellten, einen drückenden Notstand hervorgerufen hat. Die Familien mit kleinem Einkommen mühen sich schon bisher in der Ernährung die größten Einschränkungen auferlegen, weil die ausreichende Beschaffung der Lebensmittel und der anderen notwendigen Bedarfsgegenstände für eine aus mehreren Köpfen bestehende Arbeiterfamilie infolge der hohen Preise immer schwieriger wurde. Die nun zur unerschwinglichen Höhe hinaufgestiegenen Preise für Fleisch zwingen die Arbeiterfamilien zu einer weiteren Einschränkung ihrer Ernährung. Die gewerblichen, handelsgewerblichen und industriellen Arbeiter sind aber zur Erhaltung ihrer viel Kraft verbrauchenden Arbeitsfähigkeit darauf angewiesen, auch Fleisch zu essen. Eine noch weitere Einschränkung in ihrer Ernährung muß daher zu einer bedeutlichen Herabsetzung der Arbeitsenergie führen.

Der Zentralrat macht die Reichsregierung ferner auch darauf aufmerksam, daß die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung für gewerbliche und industrielle Waren sich zum Schaden des inländischen Marktes immer mehr vermindert, weil das gesamte Arbeitseinkommen für Lebensmittel und Wohnung verbraucht werden muß. Für ihre Prosperität ist die deutsche Warenzeugung in erster Linie auf den Inlandsmarkt angewiesen. Die Verteuerung der Lebenshaltung auch nur um 10 Pfg. pro Kopf und Tag erfordert für die 65 Millionen Menschen eine jährliche Mehrausgabe von fast 2 1/2 Milliarden Mark. Diese ungeheure Summe wird dem gewerblichen und industriellen Markt entzogen. Das muß zu einer neuen Krise in unserer Volkswirtschaft führen, die gewaltige Opfer an Gesundheit und Existenz fordern wird. Die Reichsregierung ist daher aus nationalen Gründen verpflichtet, schnellst möglich geeignete und wirksame Mittel anzuwenden, die zu einer Verbilligung der notwendigen Nahrungsmittel verhelfen.

Dabei wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß auch die Ortsverbände im Reiche sich rühren, zu der Frage Stellung nehmen und an die Reichsbehörden mit Eingaben bzw. Resolutionen herantreten möchten. Hoffentlich findet diese Anregung weitgehendste Beherzigung.

Zu der Frage der Arbeitskammern fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.) wiederholt die Entschiedenheit des 17. Verbandstages in Sachen der Arbeitskammern. Der Entwurf muß in der Kommissionsfassung Gesetz werden, wenn das Gesetz eine nützliche Wirkung zeitigen soll. Ebenso ist die Forderung des Verbandstages berechtigt, auch das Handelsgewerbe in die Arbeitskammern aufzunehmen. Der Reichstag wird aufgefordert, an der Wählbarkeit der Arbeitsekretäre festzuhalten und ebenso auch die Reichs- und Staatsbetriebe gemäß den Kommissionsbeschlüssen in die Arbeitskammern einzugliedern.

Den Schluß der Sitzung bildete der Bericht aus dem geschäftsführenden Ausschuss.

Ein neues Flugblatt. Die energische Abwehr des verbänderlichen Terrorismus in Hamburg und in der Schweiz haben der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspressen wieder einmal Anlaß gegeben, mit allerlei verlogenen Behauptungen gegen die Gewerkschaften zu Felde zu ziehen. Der geschäftsführende Ausschuss hat deshalb in einem Flugblatt die Vorgänge in Hamburg und in der Schweiz in kurzer aber wahrheitsgetreuer Weise geschildert und stellt dieses Flugblatt nunmehr den Kollegen zur Verfügung, damit sie den gegnerischen Angriffen gegenüber gewappnet sind. Diejenigen Ortsvereine, die solche Flugblätter wünschen, wollen sich deshalb an den geschäftsführenden Ausschuss, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221-23, wenden.

Arbeiterbewegung. Der Kampf auf den Seeschiffswerten hat in den letzten Tagen durch weitere Aussperrungen und Arbeitsniederlegungen noch an Ausdehnung gewonnen. Es ist Tatsache, daß der Ausschuss des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller in seiner Sitzung vom 20. August einstimmig beschlossen hat, die Seeschiffswerken zu unterstützen, und daß er zu diesem Zwecke eine besondere Kommission eingesetzt hat. Andererseits geht durch die Presse eine Notiz, daß von dritter Seite Versuche gemacht werden, eine Vermittlung herbeizuführen, und daß auch die Unternehmer diesen Bemühungen nicht ablehnend gegenüberstehen. — Ueber 250 Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, die bei der Firma Hasselbach u. Co. in Rheine i. W. und ihren verschiedenen Filialen beschäftigt sind, haben den Streik beschlossen, weil die Firma sich weigert, die im vorigen Jahre herabgesetzten Löhne wieder aufzubessern. — In Mühlhausen i. Th. haben wegen Lohnunterschieden die Bautischer die Arbeit niedergelegt.

Dokumente für den Terrorismus der Verbände. Der „Regulator“ veröffentlicht in seiner letzten Nummer folgende zwei Briefe:

Berlin, 21. 6. 1910.
Geehrter Herr
Mir ist es außerordentlich schwer, daß ich meinen Austritt aus dem Gewerksverein muß erklären, die Zeit liegt außerordentlich schlecht da ich immer als alleiniges Mitglied in den Arbeitsstätten bin und mir die Arbeit fürchterlich schwer gemacht wird und die Arbeit kann ich doch nicht immer schmeißen, so bin ich gezwungen, es zu tun.

Achtungsvooll Name.
Der zweite lautet: Berlin 14. 7. 10.

Wertes Kollege!
Nach langen Jahren, die ich im Gewerksverein war, habe ich mich nun doch entschlossen, auszutreten, denn es ist doch zu schwer als einzelner mit so vielen zusammen zu arbeiten, also bitte mich im Gewerksverein, auch gleichzeitig in der Krankenkasse zu freiden.
Mit kollegialem Gruß Name.

Diese beiden Schreiben sprechen in der Tat ganze Bände. Da die Briefe beide aus Berlin stammen, kann es sich nur um Drangalierungen seitens der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes handeln. So tragen sich „zielbewußte Genossen“ gegen ihre Arbeitsbrüder, die eine andere Meinung haben. Ein solches Verhalten gebührend zu kennzeichnen, fehlen parlamentarische Ausdrücke. Trotz alledem bleibt es natürlich bedauerlich, daß die betreffenden Kollegen müde geworden sind und den generischen Schikanen gewichen sind. Ein echter Gewerksvereiner weiß auch mit solchen Patronen fertig zu werden.

Eine moralische Ohrfeige für die Christlichen bedeutet folgende in der neuesten Nummer ihres „Zentralblatt“ enthaltene Notiz:

„Vom Bund deutscher Brauergesellen werden wir gebeten, gegenüber dem Artikel in Nr. 14 des Zentralblattes, Die Kirch- und Dunderschen Gewerksvereine — eine Zustufungsstätte zweifelhafter Organisationsgebilde“ festzustellen, daß betreffend der angeklüglichten Streiberechtigungsvermittlung in Düsseldorf an Gerichtsstelle ermiesen worden sei, daß dem Vorsitzenden des Bundes, Sieget, in der Angelegenheit kein Vorwurf gemacht werden könne. Ebenso könne von der heutigen Leitung des Bundes nicht mehr gesagt werden, daß ihr „für eine vernünftige Gewerkschaftsarbeit jedesbede Verhältnis fehle“. Der Brauerbund habe sich in den letzten Jahren immer mehr nach der gewerkschaftlichen Richtung hin entwickelt und sich in diesem Sinne betätigt.“

Um sich für den Kerger schadlos zu halten, den der Abdruck dieser Erklärung zweifellos erregt hat, erhebt das christliche „Zentralblatt“ im Anschluß daran gegen uns den Vorwurf der „Revolverjournalistik“, weil wir eine von Herrn Stegerwald eingekaufte „Berichtigung“ nicht aufgenommen haben. Wenn wir wirklich damit einen Verstoß begangen hätten, wüßte Herr Stegerwald

sicherlich den Weg, wie er uns zur Aufnahme der Berichtigung zwingen könnte. Offenbar ist er sich inzwischen darüber klar geworden, daß Berichtigungen, die auch persönliche Beleidigungen enthalten, dem § 11 des Preßgesetzes nicht entpfehlen. Im übrigen haben wir den sachlichen Inhalt der Stegerwaldschen Berichtigung in dem Artikel „Christliche Verleumdungen“ in Nr. 67 wieder gegeben und der gebührenden Würdigung unterworfen.

Die Unterwerfung der Konsumvereine unter die Einkommensteuer wird neuerdings von der „Südwestdeutschen Wirtschaftskorrespondenz“ verlangt:

„Weber das preussische Einkommensteuergesetz noch die deutsche Rechtsprechung betrachtet den Ertrag eines Konsumvereins als Ertrag, sondern als Spareinlage der Mitglieder. Das ist ganz widerwärtig gedacht. Denn die Tatsache, ob am Ende des Jahres ein Ertrag zur Verteilung vorhanden ist, hängt beim Konsumverein wie bei jeder anderen Handelsunternehmung an erster Stelle davon ab, ob mit dem nötigen ertragswirtschaftlichen Geiste gearbeitet wird. Bewußt arbeitet der Konsumverein meist mit geringerer Miete, ohne alle Kellnerkosten, ohne Schaufenster, ohne Schaufensterausstattung, ohne in den Schaufenstern verderbende Waren, oft mit kurzen Ladenstunden, aber das alles schließt doch nicht aus, daß in ihm durchaus kaufmännisch gerichtet und gewerkschaftlich werden muß, so daß die Einnahmen größer bleiben als die Ausgaben. Er hat nur eben geringere Unkosten, da er keinerlei Mittel anzuwenden braucht, um Kunden anzulocken, sondern die Kunden von selbst bezieht, aber er ist fogar bestimmt, einen Ertrag zu schaffen wie jede andere ertragswirtschaftliche Unternehmung. Daß er den Ertrag lagungsgemäß in der Weise auf seine Mitglieder verteilt, daß er ihnen einen bestimmten Bombhunderttag auf ihre Kaufsumme vergütet, macht diesen Ertrag durchaus nicht zu einer Spareinlage. Eine Spareinlage hat einen festen Betrag. Beim Konsumverein aber besteht sie in einem erst am Jahreschlusse zu bestimmenden Bombhunderttag der Kaufsumme. Wo sie in einem festen Bombhunderttag besteht, da bleibt entweder außer ihr noch ein Ertrag übrig, oder es muß eine Rücklage vorhanden sein, welche die Auszahlung des festen Betrages sicherstellt.“

Die „Südwestdeutsche Wirtschaftskorrespondenz“ hat die Aufgabe, den Zeitungen die Anschuldigungen der wirtschaftspolitischen Reaktionsäre druckfertig zur Verfügung zu stellen. Wie man sieht, kommt sie dieser Aufgabe mit mehr Eifer als Geduld nach. Was sie fordert, ist leider in den meisten Einzelstaaten längst Übung: die Konsumvereine sind der Einkommensteuer unterstellt. Die Finanzwissenschaft hält zwar daran fest, daß die Konsumvereine nur Erparnisse erzielen, und sie wird sich auch durch die kuriosen Ausführungen der „Südwestdeutschen Wirtschaftskorrespondenz“ an dieser Auffassung nicht irre machen lassen, aber der Steuerfiskus schropft die Konsumvereine, wo er kann und wo es angeht, sogar auf Grund von Ausnahmesteuern.

Freie Hochschule Berlin. Das in der zweiten Hälfte des September erscheinende Programm für das Herbstquartal (Oktober-Dezember) wird die ausführliche Ankündigung von ca. 90 Vortragsreihen enthalten. Zu dem bisherigen bewährten Kreis der Dozenten sind noch eine Anzahl neuer Kräfte mit neuen Themen hinzugekommen. Die Vorlesungen werden alle Wissensgebiete umfassen: Kunst und Kunstgeschichte, Musik und Musikgeschichte, Literatur und Literaturgeschichte, Philosophie, Lebens- und Weltanschauung, Religionsgeschichte, Weltgeschichte, Urgeschichte, Entstehungsgeschichte, Entwicklungslehre, Geologie, Technik, Physik, Chemie, Medizin, Hygiene, Ethik, Sernal-Ethik, Recht, Volkswirtschaft, Staatswissenschaft, Bürgerkunde, Handelskunde usw. — Besonders reichhaltig sind die Kurse zur Erlernung fremder Sprachen. Französisch, Englisch, Italienisch, Russisch und Lateinisch sind mit je mehreren Zyklen vertreten, auch Esperanto wird gelehrt. Ferner sind Diskussionsübungen über Tagesfragen und Übungen in der Kunst des Vortrages vorgesehen. Der Erlernung des Schachspiels dient ebenfalls ein Kursus. Eine Anzahl Vorlesungen werden durch Lichtbilder und Demonstrationen erläutert werden. Führungen in der Nationalgalerie, im Kaiser Friedrich-Museum, im Zoologischen Garten, durch industrielle Anlagen und durch geologisch wichtige Stellen der Umgebung Berlins werden die Vorlesungen ergänzen. An Reichhaltigkeit und Vielseitigkeit wird das neue Programm die früheren weit übertreffen. Die Programme werden vom 20. September ab kostenlos im Verbandsbureau und in sämtlichen öffentlichen Bibliotheken und Leshallen sowie in den Filialen von Voerster u. Wolff ausgegeben werden. Unsere Mitglieder erhalten die Hörerarten zu einem um 25 Prozent ermäßigten Preise, also für 3 Mark anstatt zu 4 Mark. Die Hörerarten sind vom 20. September ab im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221-23, erhältlich.

Gewervereins-Zeil.

Brandenburg. Die Streikführung des deutschen Textilarbeiterverbandes. In der Jute- und Leinwandindustrie zu Brandenburg a. S. wurde seitens des deutschen Textilarbeiterverbandes ein Streik in Szene gesetzt. Die Art und Weise, wie dies geschah, fordert geradezu zur Kritik heraus. Die Arbeiter dieses Betriebes wünschten, entsprechend den teuren Lebensmittelpreisen, eine Aufbesserung ihrer Löhne. Der Textilarbeiterverband beschaffte sich in geschlossenen Mitgliederversammlungen wiederholt mit dieser Frage. Anberaumte Versammlungen (Gewervereiner) wurde der Zutritt zu diesen Versammlungen nicht gestattet. Einige unregelmäßige Versammlungen wurden aus den vorbereiteten Versammlungen direkt ausgewiesen.

Bei Feststellung des Organisationsverhältnisses zeigte es sich, daß ein großer Teil der Fabrikbesitzer unorganisiert war. Jetzt wollte die Zeitung „Brennen“, doch ein Teil der Mitgliedschaft des Textilarbeiterverbandes erklärte, nicht eher wieder Beiträge zahlen zu wollen, bis festgestellt sei, ob in eine Lohnbewegung eingetreten würde. Dies half und der Bezirkleiter wurde nachgiebiger. Hingru kommt noch, daß die Firma die Verhandlungskommission rundweg abwies, also Zugeständnisse nicht machte.

Am 7. Juni berief der Textilarbeiterverband wieder eine Versammlung der Arbeiterschaft der Jute- und Leinwandindustrie ein, zu der auch gnädigst Nichtmitgliedern der Zutritt gestattet wurde. Aber die Arbeiterschaft durch ganz Bettel einzuladen, damit alle Arbeiter und Arbeiterinnen Kenntnis von dieser Versammlung erhielten, fiel dem Textilarbeiterverbande nicht ein. Unsere Kollegen und Kolleginnen hatten auf Grund der früheren Ausweisung diese Versammlung nicht besucht. Nach Erkundung eines Verhandlungsberichtes durch die Kommission, wurde nicht etwa über Streik oder Nichtstreik abgemittelt, sondern die Saalausgänge wurden besetzt und beim Verlassen des Saales jede Person aufgefordert, ihren Namen auf eine vorgelegte Liste zu legen, natürlich unter Aufsicht. Diese so zustande gekommene Liste wurde als Ründigungsliste an die Fabrikleitung eingereicht und galt gleichzeitig als Streikbeschluss.

Unsere Mitglieder konnten infolge dieser Handlungsweise die Ründigung erst einen Tag später einreichen; trotzdem waren sie entschlossen, die Bewegung, da sie auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen abzielte, zu unterstützen, wenn ihnen auch die eingereichten Forderungen nicht einmal bekannt waren.

Am 9. Juni begann der Streik. 364 Arbeiter und Arbeiterinnen legten die Arbeit nieder. Außer einer beschränkten Zahl der im Gewervereiner organisierten Kollegen und Kolleginnen sollen nur 106 im Textilarbeiterverbande Organisierte in Frage gekommen sein. Auch während des Streiks machte die Firma keine Zugeständnisse, versuchte vielmehr mit allen Mitteln Arbeitswillige heranzuziehen.

Nach einigen Tagen verlangten die Streikenden, daß auch die Kollegen der Reparaturwerkstatt sich den Streikenden anschließen. Die in Frage kommenden Kollegen erklärten aber, daß ihre Arbeitsüberlegung den Gang des Streiks nach keiner Seite beeinflussen würde. Nach 5-wöchentlichem Streik wurde erneut die Arbeitsüberlegung in der Reparaturwerkstatt gefordert. Die Streikkommission hatte einen dahingehenden Antrag auch an die Hauptleitung des Metallarbeiterverbandes in Stuttgart gestellt. Dieser lehnte jedoch die Arbeitsüberlegung telegraphisch und brieflich ab. Auch vom Vertreter des Gewervereins wurde in der Werkstattversammlung darauf hingewiesen, daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Arbeitsüberlegung der Be-

triebswerkstatt unnötig gebrachte Opfer bedeute. In dieser Versammlung erklärte auch der örtliche Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes, daß die Gewervereinsmitglieder bei dieser Bewegung ihre Schuldigkeit voll und ganz tragen hätten. Unser Vertreter, Kollege Jordan, machte darauf aufmerksam, daß es nicht das Verdienst des Textilarbeiterverbandes sei, wenn die Einigkeit der Arbeiter gewahrt worden sei; denn der Textilarbeiterverband habe sich alle Mühe gegeben, die Arbeiter zu versplittern.

Am 18. Juli wurde die Bewegung bedingungslos beendet. An Arbeitswilligen hatten sich gegen 40 gefunden. Dem Textilarbeiterverbande muß gesagt werden, daß er bei dieser Bewegung alle Konzepte von Arbeiterorganisationen beobachteten Grundsätze mit Füßen getreten hat. Weder die Einleitung der Bewegung war einwandfrei, noch berechtigte das schlechte Organisationsverhältnis eine Arbeitsüberlegung. Für jeden Kenner der Arbeiterbewegung war es von vornherein klar, daß die Beteiligten vergebliche Opfer bringen müssen. Alles war auf eine Karte gesetzt worden und noch dazu auf eine sehr unsichere. Die Leitung des Textilarbeiterverbandes aber war hier nicht führend, sondern die Geführte.

Auch in finanzieller Hinsicht machen sich die Folgen für den Textilarbeiterverband bemerkbar. Die örtliche Verwaltung in Brandenburg beantragte bei der Mitgliedschaft die Erhöhung der Lokalbeiträge um 5 Pfennig, weil eine örtliche Schuldenlast von über 2000 Mk. vorhanden sein soll.

Für die Gewervereinskollegen heißt es jetzt mit doppeitem Eifer für die Gewinnung neuer Mitglieder einzutreten, um unsere Reihen zu füllen.

Erlangen. Am Sonntag, den 7. August, sprach dahier in einer gutbesuchten Versammlung, in der auch eine Anzahl Erlanger Brauereigeräte anwesend war, der Arbeitersekretär Kollege Schnitzler-Nürnberg über die Deutschen Gewervereine in ausführlicher und anregender Weise. In der daran sich anschließenden Ansprache, an der sich eine Anzahl hiesiger Kollegen und auch Kollege Kaiser-Nürnberg beteiligten, gelangte eine Entschließung zur einstimmigen Annahme, die sich für den Anschluß an die Deutschen Gewervereine aussprach. Eine Folge davon war, daß nun am Sonnabend, den 18. August, in einer Mitgliederversammlung unter Beteiligung hiesiger Kollegen und des Kollegen Kaiser der Brauereigeräteverein Erlangen seinen Anschluß an den Verband der Deutschen Gewervereine und den Ortsverband Erlangen mit 26 Mitgliedern erklärte.

Witten i. Sa. Auch wir können wieder einmal von einem Erfolge berichten. Unseren Bemühungen ist es gelungen, den hiesigen Verein der Brauereigeräte für unsere Sache zu gewinnen. Derselbe ist dem Ortsverbande und auch dem Verbande der Deutschen Gewervereine beigetreten.

Waldheim-Nahe. Hier finden Ende Oktober die Wahlen zum Gewergericht statt, an denen sich wiederum unser Ortsverband selbständig beteiligt. Die bisher getroffenen Maßnahmen sind den Ausschüssen durch die erlangenen Mitteilungen bekannt. Jetzt ist es Pflicht der Ortsvereine, nun auch diesen Beschlüssen ohne besondere Aufforderung nachzukommen. Zur weiteren Verhandlung findet am 28. August, vorm. 10 1/2 Uhr, im Verbandslokal bei Joh. Müller eine allgemeine Mitgliederversammlung statt, wo ein lehrreicher Vortrag über die Gewergerichts-wahl gehalten wird. Wir erwarten von sämtlichen Kollegen, daß sie diese Versammlung besuchen. Keiner darf fehlen! Kollegen, agitiert für die Gewervereinsliste, damit wir unsere Position hier aufrecht erhalten! A. H.

Verbands-Zeil.

Versammlungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewervereine (G.-V.). Verbandslokal der Deutschen Gewervereine, Greifswalderstraße 221-23. Die nächste Sitzung des Distrikterklubs findet am Mittwoch, 7. September, statt. — **Seisenitz** (Ortsverband). Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Leubungsstunde im Verbandslokal der Deutschen Gewervereine (Grüner Saal). Gäste will- — **Bildauer.** Montag, 29. August, abends 7/9 Uhr, Versammlung bei Preuß, Dresdenerstraße 10.

Orts- und Nebenzweige.

Cottbus (Distrikterklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinerstraße 120. — **Duisburg (Distrikterklub).** Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hufschmidt, Breibitz, Wilhelmstraße, Distrikterklub. — **Hilfsdorf (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr. Verbandslokal, Kurfürststr. 29, Sitzung. — **Seisenitz (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband-Vereinträchtigung, vormittags 10 Uhr, im Verbandslokal C. Simon, Alter Markt. — **Kaaren b. Wahren.** Jeden 2. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distrikterklub bei Kubewitz. — **Hannover-Bezirk u. Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 28. d. Mtz., morgens 9 Uhr, Vertreter- und Stellvertreterversammlung in Königswort. Um zahlreiche Erscheinen aller Mitglieder wird gebeten. — **Hannover (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., in Hüttenmanns Hotel, Poststr., Distrikterklub. — **Hersfeld (Distrikterklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Döhr, Köln (Distrikterklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bater Kolping“, Elbergrasse. — **Leipzig (Gewervereins-Abteilung).** Die Leubungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und himmeltreue Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Waldheim-Nahe (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 38. — **Stettin (Sängerklub der Gewervereine).** Die Leubungsstunden finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Nebel, Poststr. 5, statt. Stimmgebende Kollegen sind herzlich willkommen. — **Zeig (Distrikterklub für Zeig, Borsigwalde und Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Reiner, Berlinerstr. 33. Gäste willkommen. — **Weißenfeld a. C.** (Sängerabteilung der Gewervereine) Leubungsstunden jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal Schwetzerhaus, Schützenstraße. Stimmgebende Gewervereinskollegen sind willkommen. — **Weißenfeld (Distrikterklub der Gewervereine).** Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schwetzerhaus“.

Neuerungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Wittenfeld (Ortsverband). J. König, Kassierer, Ackerstraße 1. — **Waldheim-Nahe (Brauerei).** Joh. Dyd, Vorsteher, Reußerstr. 23. G. Michel, Schriftführer, Reußer, Johannisstraße 7. Reinhold Hofmann, Kassierer, Döbenerstraße 8. — **Waldheim-Nahe (Ortsverb.).** G. Sternwieser, Vorsteher, Hingbergstr. 191. Joh. Walle, Kassierer, Hingbergstr. 23. A. Hermanns, Schriftführer, Kuplenstraße 58 II.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Altenregister für Arbeitersekretariate,

in übersichtlicher Weise eingerichtet zur Eintragung der angelegten Alten. Unentgeltlich für jedes Arbeitersekretariat und jede Rechtsanwaltskanzlei der Deutschen Gewervereine. Derselben Überblick über den Verlauf der behandelten Fälle.

Nr. 1 für 100 Alten Preis 2,50 Mark

„ 2 „ 500 „ 6,00

Außerdem empfehlen wir wiederholt:

Eintragungsbücher für die Statistik

Form. D Nr. 1 für etwa 200 Anstalten 0,60 Mk.

Form. D Nr. 2 „ „ 500 „ 1,00

Form. D Nr. 3 „ „ 1000 „ 2,00

Formulare für Unfall- und Invalidenfällen.

Form. A für Berufungschriften

Form. B „ Refus- bzw. Revisionschriften } 25 Cst. 0,75 Mk.

Personalienfragebogen.

Form. C. 50 Cst. 0,75 Mk., 100 Cst. 1,50 Mk.

Bersendung nur gegen Vorkauf des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin, Greifswalderstraße 221/222.

Thorn. Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachkloster und früh Kaffee beim Verbandskassierer B. Kowalkowski, Thorn, Döllingstraße 7/8.

Rosowod. Ortsverbandsgesamt für durchreisende Kollegen beim Kassierer Ditts Köhl, Rosowod, Hauptstraße 18.

Schymant. Schles. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstüßung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer F. Kollie, Ring Nr. 14.

Prinschman (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstüßung. Kartenausgabe beim Kol. R. Adam, Ologauerstr. 18.

Fahnen, Vereinsabzeichen,

Schürzen, a. f. h. und billigen bei Th. Borkop, Oppeln 8.

Wittenfeld (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsgeheimt von 75 Pfg. bei den Ortsvereinskassierern ihres Berufs; sind Berufs nicht am Orte vertreten, beim Ortsverbandskassierer J. König, Ackerstraße 1.

Chemnitz (Ortsverband). Das Geheimt für Durchreisende wird bei Ortsvereinskassierern, bei nicht vorhandenen Berufs nur beim Ortsverbandskassierer, Kol. R. Elde, Bergstr. 54, abends 7-8 Uhr ausgezahlt. — Der Arbeitsnachweis wird von Kol. D. S. Wald, Elde, Gieselstr. 32, verwaltet. Sprechzeit wochentäglich von 7-8 Uhr abends, am Sonntag von 10-12 Uhr vormittags.

Freiburg i. Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten das Ortsverbandsgesamt bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgezahlt. Falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer W. H. Berger, Wilhelmstraße 10.

Waldenburg i. Schl. (Ortsverband). Die Herberge für durchreisende Kollegen befindet sich im Schwarzen Adler; die Karten werden vom Kollegen Hermann Baumann, Greiburgerstraße 29, ausgegeben.

Cottbus (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungskarten im Werte von 75 Pfennig bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer, Kollegen R. Brunnel, Gartenstraße 1.

Gamm i. B. (Ortsverband). Durchreisende Mitglieder erhalten 75 Pfg. Reisegeld, zugereichte und arbeitssuchende Kollegen eine Karte, gültig für Abendessen, Nachtlohn und Frühstück beim Verbandskolleg. Friedr. W. Müller, Ackerstraße 61.

Jauer (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Ortsgeheimt bei F. Kobell, Hospitalplatz 6.

Hafswall. Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten eine Unterstüßung beim Verbandskassierer Berber, Marktstraße 60.

Wera (Ortsverband). Die Unterstüßung an durchreisende Gewervereinskollegen wird ausgezahlt bei Franz Wagner, Wera, Bären-gasse 11.

Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstüßung im Bureau, Wilhelmstraße 42.

Jena (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstüßung bei Carl Müller, Greif-gasse 2, Ede Oberlaugasse.

Commerfeld-Wassien. Durchreisende Arbeitslose erhalten das Ortsverbandsgesamt im Betrage von 75 Pfg. beim Kol. C. u. F. Stiller, Commerfeld, Pförtnerstr. 61a.

Lippstadt (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 0,75 Mk. Reisetunterstützung beim Ortsvereinskassierer J. Berglar, Lippstadt, Bödenförderstr. 139.

Schwöln (Ortsverband). Allen durchreisenden Gewervereinskollegen wird für Nachtquartier eine Unterstüßung von 60 Pfg. gezahlt. Kartenausgabe bei E. Tragsdorf, Badstraße 2.